

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenblatt und Montags als Abendblatt mit den Unterhaltungsbeilagen „Preis Meist“, „Fransen-Blatt“ und „Der Jugend-Bote“.

Die gefaltete Sonntagsausgabe, deren Raum kostet 12.— Mk., einschließlich Inzerentensteuer. Kleins Anzeigen: Das fertige Blatt 2.50 Mk., jedes weitere Blatt 1.75 Mk., einschließlich Inzerentensteuer.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Blutvergießen in Königsberg

Order und Konterorder des Reichswehrministeriums

Die nationalistische Presse ist wieder einmal in ihrem Element. Es ist Arbeiterblut geflossen. Die „hinterlistigen Radikalen“ sind wieder einmal zur Naision gebracht.

„Der mehrfach wegen Gewalttätigkeiten vorbestrafte einstige Maurergehülfe, jetzige Polizeipräsident Lübbing hat offenbar verfaßt.“

Lübbing hat das Pech, nicht gerade deutschnational zu sein. Sonst wäre er vielleicht nicht wegen Gewalttätigkeiten vorbestraft.

daß nach Erlaß des Reichswehrministeriums vom 7. Juni alle Veranstaltungen zu Ehren Hindenburgs am 10. und 11. Juni in Königsberg von den zuständigen Zivilstellen der Reichs- und preussischen Staatsbehörden als politisch im Sinne des § 38 des Wehrgesetzes erklärt worden sind.

Dieser Erlaß konnte nur so verhanden werden, daß die Reichswehr sich an dem Hindenburggrummel nicht beteiligen dürfte.

„Verboden war die dienstliche und außerdienstliche Teilnahme von Reichswehrangehörigen an Veranstaltungen von Vereinen, die als politisch erklärt waren.“

Mit einem Male ist der ganze Rummel eine interne Feier. Die Reichswehr marschiert durch die Straßen. Dabei kam es zu dem Zusammenstoß. Hindenburg stolziert in Generalfeldmarschalluniform einher.

Aus alledem geht hervor: Das Reichswehrministerium trägt durch seine Order und Konterorder die Schuld an dem neuen Blutvergießen.

Was ist los?

Die „Note Bahne des Ostens“ meldet, daß seit einigen Tagen bei Rethfaß und Zinten (Kreisstadt südlich von Königsberg) größere Truppenmengen eingetroffen sind.

Stehen die Truppenbewegungen etwa mit dem Hindenburggrummel in Zusammenhang? Der Rapp-Putsch ist noch in zu frischer Erinnerung, als daß man nicht auf allerlei Gedanken kommen sollte.

Neue französische Drohungen

Paris, 12. Juni

Je öfter man den Bericht der Bankiers liest, um so mehr erkennt man, daß sein wesentlicher Charakter in einem politischen Plan besteht, den er verhält. Trotz der Zurückhaltung in der Form ist dieser Plan kühl und unterscheidet sich vollkommen von der bis heute verfolgten Politik.

Zentrale Lohnverhandlungen im Bergbau

Die für den 12. Juni 1922 in Aussicht genommenen zentralen Lohnverhandlungen für den Bergbau müßten mit Rücksicht auf die Abstimmung in der Revierkonferenz der Ruhrbergleute, die das Abkommen der Verbände mit großer Mehrheit abgelehnt hat, vertagt werden.

Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit

Dem Reichstag soll vom Reichswehrminister demnächst der Entwurf eines Disziplinargesetzes vorgelegt werden. Auf diesem ausgehend so harmlosen Wege will man den Versuch unternehmen, die ordentlichen Gerichte wieder ganz aufzuheben.

Durch die Selbständigmachung der militärischen Justiz hofft man wieder Dunkelkammerarbeit, wie in den früheren Zeiten, verrichten zu können.

Volksabstimmung in der Schweiz

Bern, 12. Juni.

Am Sonntag fand eine schweizerische Volksabstimmung statt über drei Volksbegehren auf Teilrevision der Bundesverfassung.

Die erste der Initiativen erstrebt eine Einschränkung der Eingürgerung, die nur erteilt werden sollte, wenn der Ausländer im Laufe der letzten fünfzehn Jahre während wenigstens zwölf Jahren seinen Wohnsitz in der Schweiz hatte.

Die zweite Initiative wollte die Ausweisungsbefugnisse des Bundes erweitern, indem der Bundesrat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben sollte, Ausländer, welche die innere oder äußere Sicherheit der Schweiz gefährden, auszuweisen.

Die dritte Initiative wollte den vom Bundesrat gewählten Staatsbeamten und Angestellten das Recht zuerkennen, Mitglieder des Nationalrats zu werden.

Alle drei Anträge wurden mit großer Mehrheit bei einer Stimmbeteiligung von 42 Prozent verworfen.

Die gescheiterten Anleiheverhandlungen

C. B. Die Anleiheverhandlungen in Paris sind gescheitert. Ist das ein Glück oder ein Unglück für Deutschland? An sich ist das Scheitern eher günstig als ungünstig.

Es wird berichtet, die amerikanischen Bankiers hätten eine Herabsetzung der Zahlungen Deutschlands auf 25 bis 30 Milliarden Goldmark verlangt, weil sie der Meinung gewesen seien, höhere Zahlungen könne Deutschland überhaupt nicht aufbringen.

Die Übertragung der Ententesorderungen auf Amerika bietet noch aus einem anderen Grunde nur Schwierigkeiten und Komplikationen. In die Ententesländer, insbesondere an Frankreich, Italien und Belgien, kann Deutschland direkt die Erzeugnisse seiner Industrie, insbesondere Kohle, Holz, Zement, Eisen, Maschinen liefern.

darans vielleicht eine Milliarde Goldmark hereinkommen, vorausgesetzt, daß eine solche Belastung die deutsche Industrie nicht zum Erliegen bringt. An sonstigen Sicherheiten sind bereits die deutschen Reichsbahnen genannt, die zwar zurzeit ertraglos sind, im Falle einer scharfen Anfassung der Tariffschraube aber doch Ueberschüsse bringen könnten. Endlich läßt sich noch denken, daß die Amerikaner an den Pfandbesitz von deutschen Staatsmonopolen gedacht haben. Das Branntweinmonopol ist ja bereits eingeführt, und der Gedanke, daß die Bankiers auch ein Tabaksmopol für Deutschland als Sicherheit fordern könnten, liegt nahe. Auf jeden Fall wäre es mit der finanziellen Selbständigkeit Deutschlands im Falle der Gewährung einer großen Anleihe von Seiten Amerikas verbunden. Es ist also doppelt unverantwortlich, daß die deutsche Regierung die Finanzwissenschaft und die Finanzwissenschaftler vollständig ignoriert. Und es auch der großen Masse der Bevölkerung, der Öffentlichkeit, gar nicht mitzuteilen beliebt, wie sie es anzufangen gedenkt, um die Finanzen dauernd zu sanieren. Eine große Zwangsanleihe läßt sich doch nicht jedes Jahr von neuem erheben. Es wäre wirklich höchste Zeit, endlich mit dem Fortwurstelungssystem zu brechen, das dem deutschen Volke so schwere Leiden auferlegt, und zur Ordnung der Finanzen Sachverständige, nicht, wie bis jetzt, Bankiers, d. h. einseitig orientierte Interessenten, heranzuziehen.

Rahr — deutschnationaler Reichspräsident

Am Sonntag veranstalteten sich die Deutschnationalen Schönebergs in der Alten Fischerhütte eine Kundgebung, wo der Abgeordnete Laverrenz über „Die verdorrte Hand“ referierte. Selbstverständlich war der Inhalt der ganzen Rede nur eine wüste Hege gegen Scheidemann. Interessant ist besonders folgender Teil der Ausführungen:

„Damit Deutschland wieder die Achtung in der Welt zurückgewinnt, ist es in erster Linie notwendig, daß an der Spitze des Deutschen Reiches ein Mann und eine Persönlichkeit von tadellosem Charakter und überparteilichem deutschen Sinnen und Trachten steht. Laverrenz erklärte, daß es für ihn nur eine einzige Persönlichkeit gäbe, und das sei der frühere Ministerpräsident von Rahr, der in Bayern einerseits bewiesen hat, daß er der richtige Mann ist, um Ordnung und Ruhe herzustellen und ausrecht zu erhalten, und der andererseits während seiner ganzen Tätigkeit in Bayern als Ministerpräsident sich nicht von parteilicher Einstellung sondern von überparteilichem deutschen Denken und Tun leiten ließ.“

Was einerseits die „Ruhe und Ordnung“ in Bayern anbelangt, so sei neben den letzten Tumulten gegen Ebert nur an den Garzimord, an das Bombenattentat auf die „Münchener Post“ und an den Namen Riedbach erinnert. In bezug auf das andererseits des „überparteilichen deutschen Denkens“ des Herrn von Rahr erinnern wir an die Nord- und Ostfreiheit der Monarchisten einerseits und an die Gefängnisdrangsalierungen der Anhänger der Linksparteien andererseits. Daß der „überparteiliche“ Rahr, der als Staatsbeamter die Monarchie hochleben läßt, ausgerechnet von den Deutschnationalen als „die einzige Persönlichkeit“ genannt wird, ist nebenbei gesagt, auch ein Beitrag zum Thema Ueberparteilichkeit.

Nach alledem ist von Rahr in der Tat der „richtige Mann“, um die Republik zu repräsentieren. Wer's nicht glaubt, ist ein Vaterlandsverräter!

Ebert in München

Nationalistische Ausschreitungen Gegendemonstration der Arbeiter

Die Deutschnationalen in München haben ihre Drohungen gegen Ebert wahr zu machen versucht. Am Bahnhof holten, wie der „Vorwärts“ berichtet, junge Leute die Reichsflagge nieder, die sie zu zerreißen und mit Benzin zu verbrennen versuchten. Anschließend kam es durch Eingreifen der Polizei nur zu einer Beschädigung der Fahne. Die Behörden haben dann aus Furcht vor weiteren Ausschreitungen der Diktatur und dem Terror des nationalistischen Böbels nachgegeben, und nur noch, wie die „Tägliche Rundschau“ höhnisch sagt, „auf der Spitze des Hauptbahnhofs einen schwarz-rot-goldenen Wimpel gehißt.“

Bei der Ankunft Eberts am Montagfrüh war eine große Menschenmenge zugegen. Herr von Rahr blieb demonstrativ dem Empfang Eberts fern. Was geht auch diesen Regierungspräsidenten von Oberbayern der Reichspräsident an! — Bei der Abfahrt vom Bahnhof nach dem Hotel begleiteten die Deutschnationalen das Auto mit Hohn und Pfiffen; ein wüster Lärm erhob sich. Die Arbeiterschaft antwortete mit Hohnrufen auf die Republik, worauf die monarchistischen Demonstranten gegen die Republikaner vorgingen. Es entstand ein Handgemenge, die Polizei nahm einige Verhaftungen vor. Wie verlautet, sollen einige Deutschnationale bewaffnet gewesen sein. Der Vorwärts-Korrespondent, der sich bei der Polizei erkundigen wollte, ob auch bewaffnete Demonstranten festgenommen seien, wurde einfach aus der Polizeiwache hinausgeworfen.

Der Reichspräsident begab sich sofort nach seiner Ankunft im Hotel nach dem Landtag, von dort nach dem Rathaus und im Anschluß daran zur Gewerkschau.

Die Reden des Ministerpräsidenten Verheul sowie des Landtagspräsidenten an den Reichspräsidenten enthielten den Dank der bayerischen Regierung für seinen Münchener Besuch. Der Reichspräsident dankte ebenfalls und fuhr fort: „Ueber das Verhältnis des Reiches zu Bayern ist in den letzten Jahren gar viel gesprochen und geschrieben worden, ich meine, fast zu viel; aber Einzelheiten und Tagesverhältnisse wurde oft die fundamentale Tatsache übersehen, über die wir alle einig sind: Daß das Land Bayern einerseits als „Mitglied des Deutschen Reiches“ — wie seine Verfassung sagt — fest an dieser Zusammengehörigkeit hält und kein ernsthafter Mensch in Bayern diese nationale Gemeinschaft zu verleugnen denkt, und daß andererseits die im Reich maßgebenden politischen Kräfte durchaus nicht gesonnen sind, dem Lande Bayern und seinem so bodenständigen Volke die Selbständigkeit und die Betätigung seiner Eigenart zu verlagern.“

Ich für meine Person und auch die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit würdigen die Bedeutung, die Bayern als das zweitgrößte Land des Deutschen Reiches, als ein Staat starker wirtschaftlicher Kräfte, als Stätte alter Kultur und Geschichte für das Reich hat; diese Bedeutung liegt aber gerade in der engen Verbindung und Vereinigung, die in gegenseitiger Ergänzung das Wirtschaftsleben Bayerns wie auch seine kulturellen Kräfte mit den anderen Zentren wirtschaftlicher und geistlicher Kräfte im Norden und Westen zusammengefaßt und gerade in der Not unserer Zeit zusammenhält. Mehr als je soll uns gerade in unseren Zeiten des Zwanges und der Not, die alle Deutsche zu einer Gemeinschaft schweren Schicksals gemacht hat, dieses Bewußtsein nationaler Einheit beleben, dieser Gedanke der unauflösbaren Gemeinschaft, die uns allein die Macht und die Stärke gibt, die uns zu helleren Tagen führen kann.“

Am Abend fand eine Zusammenkunft im alten Rathausaal, wozu 400 Personen geladen waren. — Die „Bayerische Staatszeitung“ hat der Begrüßung Eberts ganze 23 Druckzeilen gewidmet. —

Hungerterror und Anbauflächenerhebung

Durch die in der Donnerstagsnummer der „Freiheit“ erfolgte Veröffentlichung der Richtlinien der Agrarier, mit allen Mitteln, auch denen des schlimmsten Terrors, die Getreideumlage unmöglich zu machen, wurde u. a. enthüllt, daß die Agrarier der Regierung keinerlei Angaben über die Anbaufläche machen und dadurch das Umlageverfahren, wenn nicht unmöglich machen, so doch wesentlich erschweren sollen. Auch der preussische Regierung müssen nunmehr Mitteilungen zu Obren gekommen sein, die die Richtigkeit der von uns veröffentlichten Richtlinien bestätigen. Denn der amtliche Preussische Pressedienst schreibt:

Dem Vernehmen nach besteht in gewissen landwirtschaftlichen Kreisen eine Abneigung, bei der diesjährigen Erhebung der Anbauflächen mitzuwirken, weil diese Erhebung mit der Getreideumlage in Verbindung gebracht wird. Eine solche Auffassung beruht auf durchaus irrigen Voraussetzungen. Die Getreideumlage muß lange berechnet sein, bevor die Ergebnisse der Anbauflächenerhebung vorliegen können. Auf der anderen Seite liegt eine möglichst zuverlässige Einschätzung der Ernteergebnisse nicht im Interesse der Gesamtwirtschaft, sondern ebenso sehr in dem besonderen Interesse der Landwirtschaft wie des Handels. Es ist daher eine dankbare Aufgabe, für eine geeignete Aufklärung zu sorgen, um die Landwirtschaft vor Schaden zu bewahren und unnötige Benachteiligungen der öffentlichen Meinung sowie unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders schwerwiegende Verzerrungen zwischen den einzelnen Berufskreisen zu vermeiden.

Wenn die preussische Regierung sich zu keinen anderen Maßnahmen ausschwingt, als dem vorstehenden stehenden Ersuchen an die Agrarier, doch ja Angaben über die Anbaufläche zu machen, wird die Getreideablieferung alles zu wünschen übrig lassen. Denn vor Borten haben die Agrarier sich nie gefürchtet. Ihnen gegenüber gilt vielmehr: „Den Daumen ins Auge, die Aule auf die Brust!“

Die Angst vor dem „Experiment“

Der „Vorwärts“ fühlt sich durch die Zurückweisung seines „Stumpfsinn“ über sozialistische „Experimente“ durch den Genossen Ballod arg getroffen. Der Stumpfsinn des „Vorwärts“ geht so weit, daß er aus Ballod's Artikel erst zum Schluß erkennen haben will, was gleich am Anfang steht, daß die Polemik sich gegen ihn richtet. Er hat wieder eine finstliche Angst vor dem Experimentieren „ins Blaue hinein“ und will nur „auf Erfahrung suchen“ aufbauen. In seinem „Stumpfsinn“ weiß er nicht, daß man eben „Erfahrungen“ nur durch „Experimente“ gewinnen kann. Probieren geht über Studieren“, sagt bekanntlich schon ein altes Wort. Hätte man mit der Sozialisierung irgendwas in Deutschland einmal eine Probe auf das Exempel gemacht, so würde man jetzt nicht so heillos „ins Blaue“ hinein herumhampeln im deutschen Wirtschaftslieben, wie es unter rechtsozialistischem Segen seit mehr als drei Jahren geschieht. Aber das geht offenbar über den geistigen Horizont des „Vorwärts“.

Heilmann bleibt bei Hindenburg

Die „Sozialistische Korrespondenz“ Ernst Heilmann fühlt sich veranlaßt, gegen uns zu polemisieren, weil wir gestern der Republik nachsagen, daß sie stumm sei und zu den deutschnationalen Anschlägen auf ihr eigenes Leben schweigt. „Es sei“, meint er, „außerordentlich leicht, Viertelgeschimpf erdröhnen zu lassen.“ Denn, fragt Herr Heilmann nativ, was soll denn die Republik und die Regierung tun? Sollte Ebert nicht nach München fahren? Sollte man die Hindenburgreise verbieten, die Versammlungs-, die Redefreiheit aufheben? Oder gar mit Gewalt gegen die monarchistischen Treibererlen vorgehen? Von alledem könne doch nicht die Rede sein. Und so fordert Heilmann dann von uns, so sagen, was denn die USPD, zum Schutz der Republik tut. Wir wollen auf diese läppische Frage zunächst antworten, daß unsere Partei bereits beim Erzbergermord mit einem Gejohneurwurf das niedergelegt hat, was wir zum Schutz der Republik zunächst für notwendig erachteten. Damals taten auch die Rechtssozialisten so, als seien sie für unsere Vorschläge, ja, Scheidemann stellte im Reichstag ausdrücklich Verbesserungsanträge seiner Fraktion in Aussicht. In der entscheidenden Stunde aber fielen die Rechtssozialisten wieder um.

Im übrigen hat sich unser Kampf um die Erhaltung und den Ausbau der demokratischen Republik durchaus in dem Rahmen bewegt, den auch Heilmann selbst in seinem Artikel zieht, nämlich: Durch republikanisch-demokratische Propaganda und Aufklärungsbereit Reaktion und Monarchismus zu überwinden. Was aber haben die Rechtssozialisten bisher getan, um eine solche Propaganda zu unterstützen? Vielleicht erkundigt sich Heilmann darüber bei seinen Parteifreunden Haentisch, Rodke, Scheidemann, Ebert, Koster usw. Vor allem aber mag uns Herr Heilmann Auskunft darüber geben, was er denn bisher getan hat, um seinen eigenen früheren Worten die Tat folgen zu lassen. Schrieb er nicht selbst nach dem Erzbergermord: „Die sozialdemokratischen Arbeiter erwarten, daß endlich von ihren Führern unbarbarisch durchgegriffen wird.“ Und er vor einer Woche noch hieß es anläßlich des Attentats auf Scheidemann in der Heilmann-Korrespondenz:

„Der Mordanschlag auf Scheidemann sollte den deutschen Arbeitern mehr sein als ein Anlaß zur Entrüstung, zu Demonstrationen und dergleichen.“

Nach Erzbergers Tode wurde in Deutschland ja auch demonstriert. Entrüstung und Demonstration — sehr natürlich, sehr begreiflich! Aber dabei darf es nicht bleiben. Wollen wir uns lächerlich machen?“

Nicht wahr, Herr Heilmann, das alles sind „unentwegte Phrasen“ geblieben, die auch durch lächerliche Angriffe gegen uns nicht aus der Welt geschafft werden. Daß Sie überdies ein unentwegter Hindenburgverehrer sind, wissen wir aus der Kriegszeit her, wo Ihre Politik auch nur in dem hilflosen Gesammel bestand: Was sollen wir denn tun, ich gehe zu Hindenburg! Wenn Sie heute schon zu erkennen beginnen, daß man sich dabei nur lächerlich macht, ist immerhin schon ein Fortschritt.

Die Helfershelfer der Erzbergermörder

In der Montagverhandlung vor dem Offenburger Schwurgericht wurden die Umstände behandelt, die zu der Erhebung der Anklage gegen den Angeklagten Kapitänleutnant Klinger wegen Beihilfe zum Mord führten. Die nämlich die Hauswirtin des Erzbergermörders Schulz beauftragte, war Klinger in Empfang genommen. Fräulein Rosa Ilowics aus München hat an Klinger und einen gewissen Kautler Zimmer vermietet. Beide hatten mit anderen Leuten ihres Standes regen Verkehr gepflogen. Am 20. August wurden an Klinger zwei Schulz und Tilleffen gehörige Koffer abgegeben. Am 30. August waren Schulz und Tilleffen bei Klinger. Am nächsten Tag waren die beiden Koffer verschwunden.

Bei der Zimmervermieterin Frau Weidhart aus Regensburg hatten sich Schulz und Tilleffen bis Mai 1921 einlogiert, während sie bei dem bekannten bayerischen Volksparteiler Dr. Heim beschäftigt waren. Mit Schulz hatte die Frau ein recht freundschaftliches Verhältnis und hand mit ihm in Briefwechsel, bis Schulz sie bat, keine Briefe mehr an ihn zu schreiben.

Sehr beachtenswert waren die Aussagen der als Jungen vernommenen Mitglieder der Geheimorganisation C. Der Zeuge Leida hat an dem Erinnerungsbuch der Sturmkompanie der Brigade Ehrhardt mitgearbeitet, in dem u. a. der Satz steht: Ein Mann wie Erzberger wird dafür bühen müssen! Auf die Frage des Vorsitzenden, was er darunter versteht, meint der engelreine Zeuge: „Erzberger sollte vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden!“

Der Zeuge Rahn, ebenfalls Mitglied der Geheimorganisation C, gibt zu, ebenso wie die anderen Geheimbändler auf Erzberger geschimpft zu haben und meinte auf eine Frage, warum er denn eine Beseitigung Erzbergers für vorteilhaft gehalten: „Weil Erzberger vielleicht wieder zur Regierung hätte kommen können. Und dem müßte ein Niegel vorgeschoben werden.“

Kapitänleutnant Kautler war mit Klinger im gleichen Schiffsverband und später mit ihm gemeinsam in der Marinebrigade Ehrhardt. Gemeinsam mit Klinger gründete er in München die Organisation C.

Einen breiten Raum nimmt die Erörterung der Angelegenheit des Passes von Kautler ein, den Klinger nach Halle mitgenommen und dort einem dritten übergeben hatte. In dem Pass befindet sich ein Stempel der österreichischen Postexpedition Salzburg. Derselbe Stempelwortlaut ist bei Klinger im Schreibtisch durch Gummitypen hergestellt worden. Als der Vorsitzende Auskunft über die „Geheimorganisation C“ haben will, verweigert Kautler die Aussage. Es sei nicht selten gewesen, daß Koffer von Kameraden in München abgestellt worden seien, die sich auf der Durchreise befänden.

Der Zeuge Hoffmann ist ebenfalls Mitglied der Organisation C, gegenwärtig Student jurid, bezeichnet sich als „guten Freund von Klinger“. Er hat bei der Marinebrigade Schulz kennengelernt und später auch Tilleffen. Sie haben gemeinsam in der Organisation C gearbeitet. Für Oberhessen hat die Organisation Kräfte zur Verfügung gestellt. Erzberger bezeichnete der Zeuge als einen der gefährlichsten Dilettanten der Politik. Wie der Vorsitzende feststellt, hat der Zeuge in der Voruntersuchung gesagt, daß den Angeklagten der Geheimorganisation C von Hoffmann geraten worden war, sehr vorsichtig in Gesprächen zu sein.

Ein anderer Zeuge, der Student Müller, mußte zugeben, bei der Nachricht von der Ermordung Erzbergers ausgerufen zu haben: „Es ist gut, daß er weg ist!“ An die Frau des unabhängigen Landtagsabgeordneten Nikisch in München soll Müller einen Brief mit den wütesten Schimpfereien gerichtet haben. In dem Briefe heißt es, Nikisch werde es bald ebenso ergehen wie Garais, Eisner, Rosa Luxemburg und Erzberger.

Ein Protest der Mietervereine

Der Gesamtvorstand des Bundes deutscher Mietervereine, der dieser Tage in Dresden zusammengesetzt war, nahm einen energischen Protest gegen die Sabotage des vom Reichstag beschlossenen Reichsmietengesetzes durch die Hausbesitzer und ihre Freunde in den Gemeindeverwaltungen und in den Wohnungskomiteen an. Auch gegen die Bestrebungen einzelner Regierungen, gewerbliche Räume, insbesondere Bürohäuser, von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes auszunehmen, protestierte der Vorstand des Mieterbundes.

Neue Parteispaltung in Amerika?

In der republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten, dieser Vertreterin der großkapitalistischen und hochkapitalistischen Interessen, bahnen sich abnorme Dinge an, wie sie schon einmal im Jahre 1912 zur Gründung der sogenannten progressiven Partei durch Roosevelt geführt haben. Die damals wurden auch jetzt sowohl im Staate Indiana als auch im Staate Pennsylvania bei Nachwahlen republikanische Kandidaten gewählt, die nicht von der Parteimaschine, sondern im Widerspruch mit ihr aufgestellt worden sind. Das Programm der beiden Erwählten weicht insofern von der offiziellen Politik der republikanischen Partei ab, als es jede Einmischung in die europäischen Angelegenheiten verwirft. Die Vorsitzenden dieses Komitees sind die Bundesatoren Vorah und McCormick.

Wegen Hochverrats wurden in Pretoria (Südafrika) fünf hervorragende Nationalisten verhaftet.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.

(Schluß)

Die Revisoren beantragen, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Genosse Klein: Deprimierender als die politische Haltung der „Freiheit“ hat der geschäftliche Zusammenbruch gewirkt. Aber wir verzweifeln durchaus nicht. Wir werden in den Betrieben nach besten Kräften arbeiten. Die Vorschläge des Genossen Rinkler über die Reorganisation in Berlin sind nicht realisierbar. Damit würden wir unserer Partei mehr schaden als nützen.

Auf Antrag des Genossen Peltzer wird die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt.

Genosse Eckert: Der Bericht befriedigt mich nicht. Man hat uns nicht einmal die Mittelglieder mitgeteilt. Nach den Beitragszahlungen läßt sie sich zwar errechnen. Nach meiner Berechnung zählen wir im Bezirk 42.000 Mitglieder. Darüber klage ich nicht. Wir werden das bessern. Aber wir wollen die Rißern aus dem Bezirk wissen. Das gibt Anreiz zu ernstlichem Wettbewerb.

Kassierer Herbst: Genosse Eckert hat ungenügend richtig geschätzt. Die Stadt Berlin hat 32.000 Mitglieder gegen 35.000 im vorigen Jahre. 2800 sind durch die Haltung der „Freiheit“ beim Gemeindefreierstreik verloren gegangen. Etwa 3000 Abonnenten der „Freiheit“. Das Grundübel ist, daß die Mitglieder, die nicht in die Zahlabende kommen, nicht im Hause kassiert werden.

Genosse Seger: In der „Freiheit“ wurde die Diskussion gewisser Probleme als überflüssig hingestellt, in gewissem Sinne sogar lächerlich zu machen gesucht. Es ist ganz unendlich, daß das Leipziger Aktionsprogramm im Jahre 1919 alle Entwicklungen hätte voraussehen können. Man kann nicht darauf verzichten, in jeder Initiative die Probleme, auch das Problem der Koalition, neu aufzurollen. Wir dürfen bei allen unseren Diskussionen nicht Mißachtung des ideologischen Denkens erzeuhen.

Genosse Gebhard-Woltersdorf: Auf dem Lande haben wir große Schwierigkeiten mit unserer Presse, auch deshalb, weil sie in lokalen Angelegenheiten nicht so weit gehen kann, wie andere Blätter. Pünktliche Lieferung ist unumgänglich notwendig, da sonst unsere Arbeit vergeblich ist, weil wir dann mit zu großer Verzögerung an die Leser herankommen.

Genossin Wenzel: Wir müssen mehr als bisher Kräfte zum Abonnement und zur Parteimitgliedschaft werben, um so mehr, als wir infolge der Feuerung nicht mehr so viel Flugblattpropaganda betreiben können. Wollen wir die politische Macht erobern, müssen wir auch das weibliche Proletariat haben. (Sehr richtig!) Das können wir nur erreichen, wenn wir keine Gelegenheit verstreichen lassen, für Partei und Presse zu werden.

Genosse Krümer: In allen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen können wir einen Rückgang der Mitgliederzahlen wahrnehmen. Ein großer Fehler ist es, daß man nicht genug daran gedacht hat, die Jugend in sozialistischem Sinne zu erziehen. Große Teile der Jugend wenden sich bürgerlichen Sportvereinen zu. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß auch unsere Jugendlichen, wenn sie das Alter erreicht haben, an den Mitgliederversammlungen Interesse gewinnen, in dem wir mehr als bisher die rein geschäftlichen Debatten führen und belehrenden und anregenden Vorträge bieten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.
Genosse Neuenberg: Die „Freiheit“-Redaktion sollte sich mehr gegen die bürgerliche Presse wenden, die wir doch aus den Meinen der Arbeiter verdrängen müssen. Die Widerprüfe im Leipziger Aktionsprogramm jeder Koalitionspolitik den Kampf anzufangen, zugleich aber die Regierung Wirt zu unterstützen, müssen diskutiert werden. Auch für Arbeiterbildung muß mehr getan und für die Elternbeiträge ein Organ geschaffen werden, in dem die Erfahrungen ausgetauscht und Anregungen gegeben werden. Wir wollen gern erhöhte Beiträge zahlen, wenn alle diese Verpflichtungen erfüllt und unsere Ideale verwirklicht werden sollen.

Genosse Birch: Der Zentralvorstand, der aus 100 Personen besteht, ist nicht imstande, den Willen der Mitglieder zum Ausdruck zu bringen. Die Möglichkeit einigen Zusammengehens mit den Rechtssozialisten ist durch den Göttinger Parteitag illusorisch gemacht. Aber die Geschäftsleitung soll zu allen Kräfte Stellung nehmen. Das haben wir vermisst. Auch bei den Wahlen zum Gewerkschaftszentralrat. Alle diese Stellungnahmen ähneln unter in der verführerischen Einmündlichkeit. Auch in der Frage der Koalitionspolitik ist nicht die klare Stellung eingenommen. Die Geschäftsleitung hat auch in der Angelegenheit der „Freiheit“ gescheitert.

Genosse Rinkler: Seger hat gemeint, die geistige Arbeit dürfe nicht mißachtet werden. Aber hat das die letzte Redaktion denn etwa getan? Den Anlaß gab dem Gen. Seger der Umstand, daß die Redaktion auf die Einigungsartikel Kandidat nicht groß einzuweisen ist. Kandidat steht zwischen den Parteien. Er kennt nicht die Widerstände, die unsere Mitglieder in den Auseinandersetzungen mit den SPD-Kollegen in den Betrieben haben. Die Politik der USPD hat zur Genüge gezeigt, daß Koalitionen mit bürgerlichen Parteien nur zum Schaden des Proletariats ausfallen. (Sehr richtig!) Aus Organisationsfrage. Unsere Organisation leidet an einer gewissen Ueberzentralisation, die die Kräfte ungenügenderweise bindet. Wir müssen uns daher organisations-technisch umarrupieren, so daß die Mitglieder die Politik mehr selbst bestimmen. Dann wird man auch nicht immer von Führerredn reden, wenn etwas nicht nach Wunsch geht.

Genosse Werdt-Caputh verlangt die Wahl der Provinzsekretäre auf dem Bezirksparteitag, während Witte-Geltow für die Hausfassung eintritt und fordert Unterstützung der Provinz durch die Geschäftsleitung.

Nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte erhält

Genosse Dittmann das Schlußwort: Die theoretischen Erörterungen sind niemals von meiner Seite unterdrückt oder als überflüssig betrachtet worden. Aber man soll nicht mit jedem Zweifel sofort an die Verantwortlichkeit treten, dadurch wird nur Verwirrung angerichtet, aber keine Klarheit geschaffen. Die Führer der Partei können nicht lediglich theoretische Abhandlungen veröffentlichen und zu den wichtigsten aktuellen Fragen keine Stellung nehmen.

In der Frage der Koalitionsregierung ist unsere Haltung klar und bestimmt für die Gegenwart. Daraus aber kommt es an. Es handelt sich nicht um irgendeine nicht absehbare Zukunft. Sollte einmal eine Koalitionspolitik der Arbeiterparteien mit irgendeinem bürgerlichen Splitter zustandekommen, dann kann sie nur eine Verschleierung der Diktatur des Proletariats sein wie heute die Koalitionspolitik der SPD, den Dekamant für die kapitalistische Diktatur darstellt. Diejenigen, die selbst unklar sind und sich nicht einordnen können, treiben Scheinpolitik und

bringen Verwirrung in die Partei. Will sie selber schwanken, behaupten sie, die Partei schwankt! (Lebhafte Zustimmung.) Unser Standpunkt für die praktische Politik ist klar durch

das Manifest

des Leipziger Parteitages bestimmt. Sorgen Sie dafür, daß die ganze Partei fest und geschlossen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes einheitlich marschiert. (Starker Beifall.)

Darauf erhält das Schlußwort der Genosse Koch: Die Kritik war zum Teil berechtigt. Vieles ist noch zu bessern, besonders in organisatorischer Hinsicht. Bei größerer Aktivität der Mitgliedschaft auch in allen politischen Fragen wird es weiter vorwärtsgelassen.

Folgende Resolution fand bei insgesamt 498 Anwesenden gegen 8 Stimmen Annahme:

„Der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg erklärt sich einverstanden mit den Maßnahmen der Parteileitung, die zum Redaktionswechsel in der „Freiheit“ geführt haben, — billigt insbesondere die Uebertragung der Redaktion an den Genossen Dittmann und begrüßt es freudig, daß die „Freiheit“ im Sinne des Leipziger Manifestes und der allgemeinen Parteitagbeschlüsse geführt wird.“

Nach Entlastung der Geschäftsleitung werden wiedergewählt:

als Vorsitzende: Richard Krille und Fritz Koch,
als Sekretäre: Hermann Müller, Richard Herbst,
Adolf Holz, Wilhelm Schen, Ella Seger,
als Beisitzer: Thurm, Schliep, Anna Schaubert, Schwelhardt, Denna, Fischer, Großmann, Eard, Frau Jochim,
als Revisoren: Voormann, Teichle, Koch, Rinde, Gorn,
für die Schiedskommission: Kaufant, Fels, Decker, reicher, Fleisch, Blant, Steinig, Gehrke, Gramach, Kypke.

Nach Annahme eines vom Genossen Krille befürworteten Antrages zur Vertretung der Provinzialinteressen einen Provinzsausschuß zu wählen, wird die Vertagung des Bezirksparteitages beschlossen, um die vorliegenden organisatorischen Anträge ausgiebig behandeln zu können.

Genosse Krille schloß: Der alte Bezirksvorstand ist weiterhin das Vertrauen der Mitgliedschaft ausgesprochen. Wir werden versuchen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, wissen jedoch, daß wir nur durch tatkräftige Mitarbeit aller Genossen Erfolge erzielen können. In der festen Zuversicht, daß der Erfolg unser sein wird, bitte ich Sie, einzustimmen in den Ruf: „Der völkervertreuende Sozialismus, die USPD, sie lebe hoch!“

Mit dem Gesang der Internationale schloß der Bezirkstag.

Gewerkschaftliches

„Unfähige Elemente“

Im Anschluß an die Gehaltsbewegung im Bankgewerbe schreibt die „Rote Fahne“ im Sonntagabblatt folgenden Kommentar:

„Der Schiedsspruch, der im Reichsarbeitsministerium gefaßt werden wird, wird entsprechend ausfallen. Wenn die Bankangestellten gegen ihre vollständige Verelendung ankämpfen wollen, müssen sie Mittel und Wege finden, um aus dem „Allgemeinen Verband“ eine Kampforganisation zu machen, die unfähigen Elemente aus der Leitung zu entfernen.“

Das ist eine reizende Geschichte! Die „unfähigen Elemente“ im Allgemeinen Verband der Bankangestellten sind Marx und Emonis. Der Letztere ist ein prominenter Mitglied der — kommunistischen Partei, gegen den, durch seine politische Tätigkeit, sogar ein Stadbrief vor zwei Jahren erlassen wurde, der erst nach längerer Bemühungen wieder aufgehoben wurde. Im besetzten Gebiet trieb er auch kommunistische Propaganda unter den Besatzungstruppen. Dies sollte zur Genüge den Beweis erbracht haben, daß Emonis kein „unfähiges Element“ ist. Die „Rote Fahne“ in ihrem blinden Kampf gegen die gewerkschaftlichen Organisationen wütet aber gegen ihre eigenen Bestimmungsgenossen, die sich doch wahrhaftig um ihre Politik verdient gemacht haben. Es entsteht hier nun die Preisfrage: Weiß der Schiedsrichter der „Roten Fahne“ nicht, wer die „unfähigen Elemente“ des Allgemeinen Verbandes sind, oder bekam Emonis bewußt den Geldstrich?

Eine Antwort würde allgemein außerordentlich interessieren.

Skrupelloses aus dem Versicherungsgewerbe!

Die Unternehmer im Versicherungsgewerbe nehmen in der „prächtigen“ Galerie sämtlicher Unternehmer eine besondere Stellung ein. Sie übertreffen mit ihren in „vornehmen“ Linien ausgeführten Raffinements ihre übrigen Kumpane.

Bekannt ist, daß das Gros der Büroangestellten schon Jahrzehntlang systematisch mit Hungerlöhnen abgefunden wird, während die Geschäftsergebnisse der Gesellschaften bedenkenlos eine würdige Besoldung zulassen. Doch nicht die im Innendienst tätigen Angestellten allein, sondern auch die Kleinen Agenten, besonders aber die auf dem Lande tätigen Agenten der Versicherungsgesellschaften werden unter aller Würde von den „hochherzigen“ Direktionen abgefunden. Auch sie gehören zur Kategorie der Rechte, die oftmals nur durch ihren schätzbaren Kräfte von ihrem Klassenbewußtsein abgebracht werden. Die beim Unternehmer üblich, wird ihre Kraft auf äußerste genützt, ihre Arbeitsintensität durch „wohlwollende“ Unternehmerproben zu steigern versucht, damit die Profitinteressen des Unternehmers nicht in Mitleidenschaft kommen. Tatsächliche Anerkennung der Arbeit durch Gewährung ausreichender Vergütungen verweigert sich nicht mit den raffinierten Handlungsgrundsätzen des Unternehmersystems. Schwierige Arbeit leistet der kleine Agent, der die Landbevölkerung von der wirtschaftlichen Notwendigkeit des Versicherungsschlusses mit Mühe und großem Zeitaufwande zu überzeugen hat. Daraus kommt, daß bei Bearbeitung entfernt gelegener Bezirke ohne Bahnverbindung große körperliche Anstrengungen zu überwinden sind. Versicherungsgesellschaft will nun gerade die Arbeit des Landagenten besonders bewerten sein, denn seine Versicherungen, die sich aus kleinen landwirtschaftlichen und Handhaltungsobjekten zusammensetzen, bilden das Rückgrat der Gesellschaft. Durch die Verzinsung kleinerer ungeschützter Versicherungen werden die Gesellschaften befähigt, auch eine bestimmte Anzahl gefährdeter Versicherungen zu decken, wodurch die Aufnahmetätigkeit der Gesellschaft sehr erweitert wird.

Ein tüchtiger Agent leistet seiner Gesellschaft aus diesen Gründen ungemein wertvolle Dienste, die eine bessere Entschädigung für die Arbeitsersolge rechtfertigen. So lautet das Gebot der Selbstverständlichkeit!

Über weit gefehlt!

Der kalte Sinn des Unternehmers kalkulliert auf rückwärtslos Gebrauch seiner sich mit ihm verpflichteten Arbeitskräfte und gewährt nur ein Entgelt, das verdient als Klammern bezeichnet zu werden. So ist uns ein Fall bekannt geworden, in dem man einem bewährten Landagenten, zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum im Dezember 1921 ganze 50 Mark Gratifikation ausnahmsweise noch gewährt hatte. Dies war der Erfolg eines Wittgefusses. In trübender Demut erbat sich der betreffende Agent, der in seiner zum Sklaven erniedrigten Haltung seiner „werten“ Direktion noch „ein schönes Weihnachtsgeld“ wünsche, eine Anerkennung aus. Der winselnde Knecht imponierte den „Herren“. Die Gesellschaft markierte „Wohlwollen“, würdigte die erfolgreiche Arbeit des Agenten und ließ 50 Mark an den Armen auszahlen. So behandelt der „christliche Brotherr“ seinen Untertan.

Die Gewerkschaften haben hier u. a. noch Erziehungsaufgabe zu leisten, um jeden Arbeitenden die nötige Portion Menschenwürde einzupflanzen. Der restlose Anschluß an die Gewerkschaft erst ermöglicht es aber, menschwürdige Erziehungsbedingungen zu schaffen, so daß solche lächerliche Gnadengeschenke nicht nur nicht erbetelt, sondern auch nicht notwendig sind.

Eine kommunistische Entdeckung

Uns wird geschrieben:

Die „Rote Fahne“ bringt in ihrer Abendausgabe vom 8. Juni d. J. mehrere unwahre Behauptungen über die Ablehnung der Gewahrgeltemunterstützung und des Rechtschutzes an den Eisenbahn-Affizienten Haedel durch den Vorstand des D.G.B.

Richtig ist nur, daß Gewahrgeltemunterstützung und Rechtschutz abgelehnt sind. Unrichtig aber ist, was die „Rote Fahne“ dazu sagt, daß die Gewahrgeltemunterstützung abgelehnt sei mit der Begründung: „In unserer Gewerkschaft herrscht Ordnung, und da wir den Streik nicht sanktioniert haben, gibt es auch keine Unterstützung.“ Die Begründung lautet ganz anders, und die „Rote Fahne“ läßt gar, sie noch nachträglich richtig abzubringen. Dadurch aber, daß sie ihre Erfindung in An- und Ausführungsdrücken setzt, hat sie bewiesen, daß es ihr sogar nicht darauf ankommt, die Tatsachen als wörtliche Wiedergabe einer Begründung herauszugeben. Eine Fälschung ist es ferner, wenn die „Rote Fahne“ behauptet, in der Ablehnung des Rechtschutzes sei dem D. der Vorwurf gemacht, daß er mißgestreift und außerdem kommunistische Ideen vertreten habe und dadurch an seiner jetzigen Lage selbst schuld sei. Auch hier mag die „Rote Fahne“ den Wortlaut der Ablehnung zunächst mal richtig abdrucken.

Das Blatt verlangt dann noch, daß der D. G. B., „obwohl sich bekanntlich der Hauptvorstand gegen die Teilnahme am Streik ausgesprochen hat“, dennoch für dessen Folgen aufzukommen habe. Was konnte der kommunistischen Zentrale so passen, daß sie mit ihren zum Zwecke der Parteipropaganda herausgegebenen Anzeigen die Eisenbahner in den Streik hebt und die gewerkschaftliche Organisation dann der gezahlende Mißgel sein soll, der den Schaden, den die Moskauer anrichteten zu begleichen hat. Wenn die Moskauer Billale Leute in den Streik treibt, dann mag sie diesen auch sofort dabei sagen, daß sie wohl sehen, aber nichts für die Opfer ihrer Hege tun will, sondern diese Aufgabe auf andere abzuwälzen sucht. Solche „Moden“ macht der D. G. B. nicht mit, und zwar auch dann nicht, wenn er mit verlogenen Artikeln in der „Roten Fahne“ belämpft wird und es sich um einen Mann handelt, welcher der „Roten Fahne“ deshalb so sehr am Herzen liegt, weil er in den Streikversammlungen so wahrnehmung rajend für die kommunistischen Parteinteressen eintrat.

Eisenbahner und Beamtenrätegesetz

Die Konferenz der Eisenbahner der Betriebs- und Beamtenräte des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat in ihrer letzten Tagung nachstehende Entschlüsse gefaßt:

Die in der Zeit vom 11. bis 13. Juni 1922 in Berlin tagende Konferenz der Näterverwaltung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat ihrem Protokoll den Ausdruck, daß die bürgerlichen Parteien einschließlich des angeblich arbeitler- und beamtenfreundlichen Zentrums sich eifrig bemühen, den von der Regierung vorgelegten, reaktionären Geist atmen- den Entwurf des Gesetzes über Beamtenvertretungen gegen alle fortschrittlichen Anregungen der sozialistischen Parteien durchzusetzen. Das fehlende, durch Schlichtungsstellen zu sichernde Mitbestimmungsrecht, die Entziehung der Beamtenrechte in der Eisenbahn und viele sonstige Mängel der in erster Lesung vom Reichstagsausschuß beendeten Beratung des Gesetzesentwurfes fallen auf das Schuldkonto der bürgerlichen Parteien. Die Beamten mügen daraus erkennen, daß nur im rückwärtslos Kampf und gekämpft auf eine wirkliche gewerkschaftliche Beamtenbewegung ein Beamtenrecht erreicht werden kann, das mindestens dem Betriebsrätegesetz gleichwertig ist. Der Entwurf zu einem Gesetz über Beamtenräte ist für die Eisenbahner vor allem deshalb nicht annehmbar, weil er sogar erheblich hinter dem gegenwärtig bereits geltenden Erlaß über die Bildung von Beamtenvertretungen im Bereich der Reichsbahn vom 7. Mai 1921 zurückbleibt.

Die Näterverwaltung ersucht den Verbandsvorstand, dem reaktionären Treiben der bürgerlichen Parteien mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzuarbeiten, damit die endgültige Beschlußfassung den berechtigten Forderungen der Eisenbahner Rechnung trägt.

Beendete Lohnbewegung der Apothekenarbeiter. Zwischen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband und dem Berliner Apothekerverein ist vor dem Demobilisierungskommissar für die gewerblichen Arbeitnehmer für die Monate Mai und Juni eine neue Lohnabkommen geschlossen. Die wöchentlichen Zulagen betragen 123 bis 200 M. Die neuen Tarife sind im Büro des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Engelauer 24/25, Zimmer 11, gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises erhältlich.

Textilindustrie. Für die Angestellten der Textilindustrie ist mit dem norddeutschen Textilarbeitgeberverband ein neues Gehaltsabkommen für die Monate Mai und Juni getätigt worden. Die neuen Gehaltsätze sind durch das Drißbüro, Belle-Alliance-Straße 7/10 zum Selbstkostenpreis erhältlich. — Zentralverband der Angestellten.

USPD-Gastwirtschaften. Mittwoch, 14. Juni, vorm. 10 Uhr, im Clubhaus, Biegelstr. 2, 1 Tr., Versammlung sämtlicher USPD-Hotel- und Restaurantangestellten. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes, 2. Organisationsfragen. Erscheinen aller ist strengste Pflicht. Parteilandsweis legitimiert.

USPD-Buchdrucker! Mittwoch, den 14. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, bei Baum, Stallstraße 47. Sitzung des Aktionsausschusses. Die Delegierten zur Generalversammlung sind dringend eingeladen.

Musikinstrumenten-Arbeiter. Die Sitzung der Branchenkommission findet heute, Dienstag, nicht statt.

Sieben erschienen!
Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie.

Das grundlegende Werk des wissenschaftlichen Sozialismus, lesbar und verständlich gemacht durch die gemeinverständliche Ausgabe von Julius Hochstadt. Preis kart. 75 —, in Leinwand geb. 110 —. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. L. Loeblich Verlagsgesellschaft m. b. H. (vorm. A. Schöner & Co.), Berlin S. 24.

Groß-Berlin

Der Buckel

Ein Bettler an meiner Tür. Man kann nicht jedem ein Scherlein geben. Und man hat auch leider viel mehr als früher Ursache zum Mitleiden. Den wirklich Notleidenden mache ich gern satt oder opfere ihm einen größeren Tapetenkleber. Für den gewohnheitsmäßigen Hauskater, der das Betteln der geregelten Arbeit vorzieht, habe ich aus meinem Beuteln nichts übrig.

Schon will ich die Tür schließen. Ein seltsamer Blick trifft mich. Nicht gehässig oder gelauntheit. . . . todesstrahlend. Nun erst sehe ich etwas Besonderes, einen großen „A“ und vorn die edige Hühnerbrust. Was für merkwürdige Augen der hat! Nicht so flackernd und schielend wie sonst so oft beim zwerghaft geratenen Menschenlein. Augen wie an einem Scheuen Reh. Um Jahre, ein paar Jahrzehnte irren meine Gedanken blitzschnell zurück. Eine unachtzame Mutter läßt den Säugling aus der Wiege fallen. Oder Sünden des Vaters, Trunksucht und andere Ausschreitungen verkrüppeln die zarten, weichen Knochen. Schon in der Schule hoch ein Brack, ein Spott, der nicht wegzuschneit. Fremdlos und verängstigt, mit sehenden Augen, aus denen es anklagend leuchtet: warum gerade ich? Und vor mir steht, was davon übrig blieb, ein Gemiedener, der überall nur Steine findet. . . ein Bettler. Was wohl wäre aus mir geworden, wenn ich einen Buckel hätte?

Nein, er war kein gewöhnlicher Bettler. Er hat sogar etwas gelernt und liebt die Arbeit. Nur die Not trieb ihn nach herbem Gewissenkonflikt vorübergehend auf den Weg, den immer noch so viele schreiten müssen, wenn der Hunger wühlt im Gedärm. Schwerer als andere findet er Arbeit. Die einen trauen ihm keine Kraft zu, die anderen stoßen sich an dem Höcker. Sorgt dafür, daß nicht auch seine Augen das Klackern und Schielen lernen. Noch sind sie trotz allen Seelenleids lieb und gut. . . nur todesstrahlend.

Wunderlich freilich in meinem Hirn. Tageslang werde ich die Erinnerung an das Gespräch mit dem Verwachsenen nicht los. Und ich sehe ein Heer von Buckeligen, denen es glänzend geht, lauter Buckel mit Mechanik, die nach Bedarf sich wölben und strecken. Armer, bettelnder Höckermann, das verleiht du nicht. Warum hast du nicht statt des starren, krummen Knochens die Gummischur im Nacken? Sorgenlos und reich könntest du sein, vielleicht sogar. . . Minister.

Monarchistische Parade in Alt-Blonitz

So verschämt die Arrangements der 16jährigen Jugendfeier des Landwehrvereins Alt-Blonitz ihre Veranstaltung auch einschüchtern, halten die Abwickler des Festes zumeist den unversöhnlichen monarchistischen Charakter dieser Veranstaltung. Aus dem ganzen Umkreis waren Kriegervereine mit schwarz-weiß-rot behängten Fahnen erschienen, und unter den Klängen alter Paradezüge bewegte sich der Festzug einem lebenden Panoptikum gleich durch den Ort. Die Teilnehmer sinnen in die Tausende, wobei auch Reichswehroffiziere nicht fehlten. Die Herrschaften kamen sozusagen in dieser monarchistischen Parade mit einem Ruhmwort der Republik angefahren. Das nennt man tolerant! Freilich ganz unangebracht sollten diese Herren in ihren mit klirrendem Blechzeug behängten Protokollen nicht bleiben. Mehrere hundert Arbeiter aus Alt-Blonitz und Umgegend empfingen den Festzug mit dem Gesang der Internationale und erklieten die Musik in Hochrufen auf die Internationale.

Diesen monarchistischen Kundgebungen muß die Arbeiterschaft in Zukunft noch viel energischer entgegenzutreten. Hier ist ein Feld, auf dem sich die Anhänger aller proletarischen Parteien ohne weiteres zusammenfinden können und zusammenfinden müssen.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einige autorisierte Übersetzungen von Eugen Schall. Amerikanisches Copyright 1919 von H. S. G. Co., Berlin.

(od. Fortsetzung.)
Ich war, wie alle Tage, so auch diesmal nach dem Laden gegangen, am Nachmittag jedoch hatte der Kommiss mich nach Hause geschickt — ich sollte den Schnee vom Speicherdach in den Eiskeller schaffen. Er wußte nicht, daß ich meinen Namenstag hatte, und ich nahm an, daß es auch sonst niemand wußte. Um so überraschter war ich, als ich zum Schneeschaukeln heimkam, durch die Aufmerksamkeit der Werkstatteleute. Nach der Begrüßung schickte mich er zum Hof, um dort ein Schuppendach und begann den schweren, festen Schnee, der in diesem Winter ganz besonders reichlich gefallen war, in den Hof hinabzuwerfen. In meiner Aufregung jedoch hatte ich vergessen, die Kellertür zu öffnen, die nun ganz mit Schnee verbarrikadiert war. Um den Fehler wieder gutzumachen, sprang ich vom Dach hinunter und begann voll Eifer mit der hölzernen Schaufel — eine eiserne war nicht vorhanden — die Tür freizulegen. Da plötzlich — Knack! — brach der Stiel der Schaufel ab, und weil ein Unglück selten allein zu kommen pflegt, mußte im selben Augenblick der Kommiss in der Hoftür erscheinen.

„Aha!“ rief er höhnisch aus, als er mich vor der zerbrochenen Schaufel stehen sah — „ein schöner Arbeiter bist du schon, ja! Um den Schädel werde ich dir die Schaufel schlagen.“

Er griff nach dem Stiel und holte damit aus, ich sprang jedoch zur Seite und rief zornig:
„Ich hab' mich hier nicht als Hausknecht verhalten.“

Er warf mir den Schaufelstiel vor die Füße, ich nahm einen Klumpen Schnee, formte einen Schneeball und traf ihn damit gerade ins Gesicht. Wuschelnd lief er fort, ich aber ließ die Arbeit liegen und ging in die Werkstatt.

Ein paar Minuten darauf kam die Nichte der Prinzipalin, ein eitles Pütschen mit einem nichtslogenden, finstigen Gesicht, in die Werkstatt herunter.

Neues zum Fall Raehne

Eine sensationelle Wendung hat jetzt die Angelegenheit des erschossenen 16jährigen Obsthändlersohnes Otto Raehne aus Betsow genommen. In voriger Woche ist behördlicherseits die Leiche des am 2. Mai 1921 auf Betsow tot aufgefundenen Obsthändlersohnes ausgegraben worden. Mehrere Kerate haben das Skelett nochmals untersucht und dabei hat man eine ganz neue Entdeckung gemacht. An der Leiche wurde nämlich auch ein Schuh im Fuß festgestellt. Bis dahin hatte niemand etwas davon gewußt. Daraus ergibt sich, daß der junge Raehne auf Betsow angeschossen worden ist und später erst, als er sich nicht mehr weiter schleppen konnte, durch einen Schuh in die Brust gedrückt worden ist. Gensdarmen im Forsthaus Betsow bei dem früheren Oberförster des Herrn von Raehne haben dieselbe Munition und die dazu gehörige Kiste antaog angefordert. Kiste und Munition sind beschlagnahmt. Aufgefundenen Briefe haben schweres Beweismaterial hervorgebracht.

„Weiße Woche“ im Polizeipräsidium

Berge von Wäsche sind der Kriminalpolizei bei der Festnahme von Eindringern und Diebtern in die Hände gefallen. „Haupthelferanten“ waren ein aus dem Anstaltshaus entpinnener wiederholt vorbestrafter Verbrecher Guttmann und sein Spielhause, ein Arbeiter Müller. Guttmann betrieb früher gewerbmäßig den Geschäftseindbruch. Weil ihm aber nach seiner Nicht dieser Zweig zu gefährlich erschien, so verlegte er sich mit Müller, den er als neuen Spielhause herauszog, auf die „Wäsche“, die ebenso einträglich und dabei noch gefahrloser ist. Die beiden waren bald der Schrecken des Wehens, besonders der Charlottenburg und Salentee. Kein Haus und Trockenboden war vor ihnen sicher. Ihre Beute ging bei dem hohen Preise der Wäsche in die Hunderttausende. Alles, was ihnen in die Hände fiel, packten sie in Säcke und brachten es zu einem Schankwirt in der kurzen Straße zu Charlottenburg. Von dort aus wurden die Sachen verkauft. Nach lauten Beobachtungen gelang es jetzt endlich Beamten der Dienststelle B I, 12 und des 54. Reviers, die Verbrecher auf einem Gänge nach der Schankwirtschaft zu fassen, als sie gerade mit neuer Beute unterwegs waren. In der Wirtschaft ließen die Beamten bei einer Durchsuchung auf ein noch reichhaltigeres Wäschelager, obgleich durch den börsenartig betriebenen Verkauf dauernd viele Waren abgehoben wurden. Alles wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht und ist dort von heute ab täglich von 8 bis 2 Uhr im Zimmer 70 des Polizeipräsidiums für die noch unbekanntesten Bestohlenen ausgestellt. Das Lager enthält Wäsche aller Art, Bett-, Tisch-, Handtücher, mit allen erdenklichen Zeichen, bei denen kaum ein Buchstabe des A-B-C fehlt. Ueber 50 Rodeneindrücke sind den beiden Verbrechern bereits nachgewiesen; sie haben aber sicher 100 und noch mehr auf dem Kerbhof. — Dazu kommt noch Feinzeug und auch andere Sachen, die von einer fünfköpfigen Bande von Gentlemeneindringern herrührt. Diese, Burken von 20 bis 24 Jahren, arbeiteten vom Wedding aus und fuhr stets mit dem Auto vor und mit der Beute wieder ab. Es fiel gar nicht auf, wenn diese feingekleideten „Herren“ ihrem Wagen entsteigen, in ein Haus hineingehen und bald mit Koffern wieder herauskommen und abfahren. Ihr „Abnehmer“ war ein Gemüsehändler in der Gartenstraße.

Erdrosselung des Straßenhandels

Die Polizeiverwaltung geht neuerdings wieder sehr scharf gegen die Straßenhändler vor. Wir halten dieses Vorgehen für durchaus unberechtigt und geben daher einer Zuschrift aus beteiligten Kreisen Raum.

Ohne ersichtlichen Grund, nur auf Drängen einiger Ladeninhaber hat der Magistrat 270 Straßen in Berlin für den Straßenhandel verboten, was das für das laufende Publikum zu bedeuten hat, darüber war sich der Magistrat wohl nicht im entferntesten klar. Der Straßenhandel ist und wirkt preiserniedrigend den Lebensmittelmärkten, er verhindert den Preiswucher mit Schwarzwaren, er beunruhigt sich mit ganz kleinem Gewinn und ist ein bedeutender Steuereinzahler der Gemeinde Groß-Berlin. Der Verband deutscher Händler (zie) am 8. Juni 1922 die

Straßenhändler zu einer Protestversammlung nach der Brauerei Böhm ein, in der gegen das rigorose Vorgehen des Magistrats auf das schärfste Beschwerde erhoben wurde. In einem republikanischen Staat ist es die erste Pflicht, daß man vor allem die Interessenten hört und nur mit diesen zusammen über das Wohl und Wehe von 30000 Menschen bestimmt.

Die Versammlung war beehrt von Vertretern des Polizeipräsidiums und politischen Parteien; es fehlten leider die Fruchthändler.

Von den vorstehenden Vertretern wurde lobend eine vorbildliche Leitung und Ruhe anerkannt, die in der Versammlung herrschte.

Nach dem Referat und der Diskussion wurde nachstehende Resolution angenommen:

Die am 8. Juni 1922 in der Brauerei Böhm versammelten legitimen Straßenhändler Berlins nehmen mit Enttäuschung Kenntnis von dem Vorschlag des Dezerenten, welcher etwa 280 Straßen dem Straßenhandel entziehen soll.

Die Versammlung protestiert aufs schärfste gegen jedwede Einengung des Straßenhandels in seiner jetzigen Form. Gerade gegenwärtig, zur Zeit des Frühlings, liegt eine Ausdehnung des Straßenhandels im Interesse weiterer Kreise der Bevölkerung, um diese vor Auswanderung zu schützen.

Die verammelten legitimen Straßenhändler weisen alle bößhaften Anarisse zurück und erwarten von den städtischen Behörden sowie Körperschaften, daß ihre Vertretung, der Verband deutscher Händler, gehört, ehe der Stad über den Beruf abgeurteilt wird.

Ferner verlangen die Verammelten vollständige Gleichstellung und Gleichberechtigung wie das stehende Gewerbe gegenüber den Behörden sowie gesetzgebenden Körperschaften und der Handelskammer.

Kriegervereinsheldentaten in Jossen

Wie wir erfahren, soll es am Sonnabend in Jossen bei einem Umzug des Kriegervereins, der nachträglich mit schwarz-weiß-roten Fahnen statt, zu Aufmärschen mit der kommunistischen Jugend gekommen sein. Dabei sollen eine Reihe Unendliche verhaftet sein.

Die sollte es in unzerer „Republik“ auch anders möglich sein. Die einzigen Schützen der Republik, die Arbeiter, werden stets mit großer Vorliebe ins Gefängnis geworfen, wenn sie die monarchistische Reaktion zurückweisen.

Die Not der Kriegsopter

Am Sonntag, den 11. Juni 1922, hatten sich etwa 4000 Kriegsbekämpfte, Kriegerhinterbliebene und Kriegereltern in der Brauerei Könnigsstadt auf Grund eines Aufrufes der Gauleitung Groß-Berlin des Reichsbundes der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen eingefunden, um gegen die völlig unzureichende Rentenversorgung Stellung zu nehmen. Der Gauleiter Lorenz des Reichsbundes hielt das Referat und schloß eingehend die gegenwärtig bestehende Versorgung. Besonders wurde von ihm hervorgehoben, daß in der letzten Zeit eine fast völlige Rechtslosmachung der Kriegsopter eingetreten sei, was er durch Zahlen belegte: Ein Kriegsbekämpfter, der 50 Prozent erwerbsbeeinträchtigt ist, erhält mit zwei Kindern einfache Ausbeihilfezulage in Ordtklasse A, eine monatliche Rente von 254 M., wobei zwei Beihilfe Teller rufen. Bei der Inanspruchnahme der Reichsindexziffer entspricht dies einem Friedenswert von 3,40 M. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß eine Halbwaife im Frieden 14 M. und eine Vollwaife 20 M. pro Monat erhält. Nach dem Reichsversorgungsgesetz erhält heute eine Krieger-Halbwaife in Ordtklasse A 94,20 M. und eine Vollwaife 150,00 M. Ein Elternpaar, das 3 Söhne verloren hat, erhält eine monatliche Rente von 263,25 M. Nach dem Versorgungsgesetz erhalten Kinder der Reichsbeamten bis zum 6. Lebensjahre 330 M., von da ab bis zum 14. Lebensjahre 412,50 und bis zum 21. Lebensjahre 495 M. monatliche Zuschläge. Hier warf Redner die Frage auf, warum nicht eine Einheitsrente bei der Versorgung der Kinder durchgeführt worden ist.

Als besonders unrecht wird es von den Kriegsoptern noch empfunden, daß das Ruhen der Rente bereits bei einem Einkommen von 18000 M. einsetzt, während nach dem Pen-

Endlich waren die Bücher da, und als ich noch am Auspacken war, kam auch schon der Verkäufer leise herangeschlüpfen und bat um einen Pfalter.

„Du hast meinem Kommiss von dem Heiligenbilde gesagt?“ fragte ich ihn.

„Ja, Bruder“, versetzte er mit trübseltiger Miene — „ich kann nämlich nichts bei mir behalten.“

Diese Antwort verblüffte mich so, daß ich mich rückwärts auf den Fußboden setzte und ihn groß ansah. Er begann irgend etwas hastig vor sich hin zu murmeln und machte einen höchst kläglichen Eindruck.

„Nämlich, siehst du — deiner hat's selbst erraten“, sagte er, „oder vielmehr: nein, der meinige hat's erraten und hat es deinem gesagt.“

Jetzt glaubte ich bestimmt verloren zu sein — ein Pfal in der Kolonie für minderjährige Verbrecher schien mir sicher. Nun war mir alles gleich: wenn's schon aus Ertrinken ging, dann sollte es wenigstens an einer tiefen Stelle sein. Ich schob dem Verkäufer einen Pfalter in die Hand, und er steckte ihn unter den Paletot und entfernte sich, kam jedoch sogleich zurück — und ließ das Buch vor meine Füße fallen.

„Ich nehm' ihn nicht“, sagte er, während er wegging, „ich komme sonst mit dir zugleich in die Patsche.“

Es war mir eine Erleichterung, daß er das Buch nicht genommen. Gegen Abend kam er noch einmal wieder, ganz gedrückt und kleinlaut, und sagte wachend zu mir:

„Sei auf der Hut vor Kuffka — er ist dir feindlich gesinnt.“

Auch im Hause gab es jemanden, der mir gar nicht wohlwollte. Es war die Braut des Kommiss, die sonst mit allen jungen Burschen in der Werkstatt herumliebelte und höchstens leise quiekte, wenn einer von ihnen sie im Hausflur mit kleinen Pörlchen bedachte. Den ganzen Tag nachte sie Pfefferkuchen und andere Süßigkeiten, unaufhörlich waren ihre Kiefer in Bewegung, während die ruhlosen kleinen Augen suchend umherflitzten. Mir und Pawel gab sie zweideutige Rätsel auf oder trug uns zotige Verschen vor. „Du hast auch nicht ein bißchen Scham, Mädchen!“ sagte einmal einer unserer älteren Meister zu ihr.

(Fortsetzung folgt)

Stundentlohn... das Nutzen der Pension der Reichsbeamten erst bei einem Einkommen von 60.000 M. beginnt.

Die Massenfundgebung nahm einen würdevollen Verlauf und lang mit der Wundheilung aus: Verdoppelung der Renten und Vereinfachung des R. B. G. Eine entsprechende Resolution fand einstimmig Annahme.

Deutsches Singen in Neufka. Am Donnerstag den 15. Juni 1922, abends 7 Uhr, wird der „Neufkaler Sängerkorps“... veranstalten, wozu jedermann eingeladen ist.

Für reichsdeutsche Flüchtlinge, die freiwillig oder gezwungen aus dem polnischen Teil Oberschlesiens nach Deutschland zurückwandern gezwungen werden, hat die Reichseisenbahnverwaltung die freie Beförderung nach Deutschland zugelassen...

Aufhebung einer Wochenmarktbefreiung. Der Berliner Polizeipräsident hat die bisher für den Verwaltungsbezirk Tempelhof in der Wochenmarktvorschrift vom 9. November 1921 enthaltene Bestimmung aufgehoben...

Wohnungsfrage in Neufka. Die allgemeine Lage des Neufkaler Wohnungsmarktes hat sich im letzten Jahres unter Zugrundelegung der neuesten statistischen Erhebungen im Vergleich zum Vorjahre weiterhin verschlechtert.

Erhöhung der Pflegegelder für häusl. Kostpflegerkinder. Das Bezirksamt Charlottenburg gibt bekannt: Auf Beschluß der städtischen Körperkassen von Berlin ist das Pflegegeld für häusliche Kostpflegerkinder vom 1. April 1922 ab erhöht worden...

Auch der Fürsorger und Zwangsabgabe ist steuerpflichtig. Fürsorger und Zwangsabgabe müssen ihren Lohn versteuern. Diese Ansicht spricht der Reichsminister der Finanzen in einem Erlaß aus.

freier und dem Dienstgeber Minderjähriger stellt einen Dienstvertrag dar. Die Tatsache, daß der Barlohn dem Zögling nicht ausbezahlt wird, sondern an die Erziehungsanstalt oder den Fürsorger gezahlt wird, ändert nicht an dem Charakter des Lohnes als eines Entgelts für die Dienstleistung.

Der flüchtige Säugling. In Karlsruhe wurde, wie ein Vorbericht mit Humor berichtet, ein 1 1/2-jähriges Mädchen nebst seiner Mutter durch einen Schupo Mann zur Polizeiwache gebracht, weil die Mutter dem Kinde in der Nähe des Bahnhofes zu einem unaufsichtbaren Geschäft die Höschen abgehüpft hatte.

Waldbrand in Frohnau. Sonntag vormittag gegen 10 Uhr entzünd in der Straße an der Bucht unweit des Sigismund-Korbes ein Brand, der etwa 50 Quadratmeter Waldfläche zerstörte.

Aufregende Jagd auf entprungene Ströflinge. Sonntag vormittag bemerkte eine Streife der Schutzpolizei in der Rathenower Straße drei Männer, die über die Mauer des Untersuchungsgefängnisses kletterten und nach verschiedenen Richtungen entflohen.

Überfallen und vergewaltigt. Sonntag nacht gegen 12 Uhr wurde ein Fräulein Martha K. aus Reinickendorf, die sich in Begleitung eines jungen Mannes befand, auf einem Spaziergange durch den Schlosspark in Niederlehnhöfen von zwei Männern überfallen und in ein Gebüsch geschleppt.

Kohlenoxydgasvergiftung zweier Kinder. Sonntag abend waren die beiden Kinder des Vortiers Hülfers in der eierlichen Wohnung im Hause Diemarstraße 4 in Charlottenburg allein ohne Aufsicht.

Mord in der Herberge. Ein Mord an einem Mädchen wurde Sonntag vormittag in unserer Nachbarstadt Drauzburg entdeckt. Hier wohnte in einer Herberge in der Gartenstr. 15 der 60 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Carl Poppil aus Kowitz mit der 25 Jahre alten Helene Wehert aus Seltzen.

Weste, schwarzgefärbte Schürschuhe und eine blaue Schiffermütze mit Tuchschirm, die vorn einen Anker, eine Flagge und einen Vorbergszweig aus rotem Metall trägt, und einen dunkelbraunen Mantel.

Selbstmordversuch zweier Schwestern. In der vorgestrigen Nacht gegen 11 1/2 Uhr wurden die 36 Jahre alte Marie Madrow und ihre 34 Jahre alte Schwester, Frau Minna Priefe, geborene Madrow, in ihrer gemeinschaftlichen Wohnung im Hause Lange Straße 8 betäubungslos und mit Gas vergiftet aufgefunden.

Parteiveranstaltungen

Montag, den 12. Juni. 8. Verwaltungsbereich (Friedrichshagen) 7 Uhr Scherzfest. 16. Sozialstelle, Kom. Kom.-Kommande-Stellung. Tag und die Abteilungsleiter, Bezirksleiter und Bezirksbeauftragte geladen.

Dienstag, den 13. Juni.

1. Verwaltungsbereich (Friedrichshagen) 7 Uhr Scherzfest. 16. Sozialstelle, Kom. Kom.-Kommande-Stellung. Tag und die Abteilungsleiter, Bezirksleiter und Bezirksbeauftragte geladen. 2. Bezirk (Niederschlesien) 8 Uhr Scherzfest.

Mittwoch, den 14. Juni.

17. Verwaltungsbereich (Niederlehnhöfen) 8 Uhr Scherzfest. 16. Sozialstelle, Kom. Kom.-Kommande-Stellung. Tag und die Abteilungsleiter, Bezirksleiter und Bezirksbeauftragte geladen. 18. Bezirk, 1. Abteilung. Gemeindefest.

Bereinskalender

Dienstag, den 13. Juni.

1. Bezirk, 1. Abteilung. Gemeindefest. 2. Bezirk, 2. Abteilung. Gemeindefest. 3. Bezirk, 3. Abteilung. Gemeindefest. 4. Bezirk, 4. Abteilung. Gemeindefest.

Mittwoch, den 14. Juni.

1. Bezirk, 1. Abteilung. Gemeindefest. 2. Bezirk, 2. Abteilung. Gemeindefest. 3. Bezirk, 3. Abteilung. Gemeindefest. 4. Bezirk, 4. Abteilung. Gemeindefest.

Kleine Anzeigen

Advertisement section containing various notices: 'Verkäufe', 'Kaufsuche', 'Unterricht', 'Möbel', 'Fahrräder', 'Arbeitsmarkt', 'Frauenbare', 'Für Mieter unentbehrlich', 'Reichsmietengesetz', 'Möbel-Cohn', 'WANDERKARTEN', 'Volks-Relse-Verband', 'Ferien-Fahrten 1922'.